

Die Ökonomie des Alltagslebens ins Zentrum stellen: Grundversorgung für ein gutes Leben

Foundational Economy Collective¹

Die COVID-19 Pandemie hat sichtbar gemacht, dass manche wirtschaftlichen Tätigkeiten wichtiger sind als andere. Und sie hat auch die Grenzen einer marktradikalen Wirtschaftsordnung aufgezeigt: Leistungen „für alle“ durch ein öffentliches Gesundheitssystem zur Verfügung zu stellen, hat Vorzüge gegenüber Ansätzen, bei denen die Befriedigung von Grundbedürfnissen primär von der Zahlungsfähigkeit vermeintlicher Marktsubjekte abhängt. Damit eröffnete die Pandemie in kurzer Zeit einen neuen Blick auf Wirtschaft, Arbeit und Leistungen. Es wäre daher ein großer Fehler, zu „business as usual“ zurückzukehren. Damit würde die Chance ungenutzt gelassen, aus dem Wirtschaften in der Pandemie für zukunftsfähige Wirtschaften nach der Pandemie zu lernen.

Die Fundamentalökonomie sichert das Überleben

Wirtschaft ist nicht gleich Wirtschaft. Während viele Sektoren in der Covid-19-Krise einem shut-down unterzogen wurden, galt dies nicht für als „systemrelevant“ eingestufte Bereiche. Diese *Fundamentalökonomie* ist der Bereich der Wirtschaft, der die Sicherung der Lebensgrundlagen garantiert und so menschliches *Überleben* ermöglicht: Ohne Lebensmittel- und Gesundheitsversorgung, Strom, Wasser, Gas, Müllabfuhr und Wohnraum kein Überleben in zivilisierten Gesellschaften. Die Fundamentalökonomie umfasst also, vereinfacht gesprochen, die Aktivitäten, die immer und daher auch in Krisenzeiten tagtäglich gebraucht werden. Hierzu gehört die Grundversorgung, vor allem Daseinsvorsorge und Nahversorgung, sprich die wirtschaftlichen Aktivitäten des Sorgens – füreinander und miteinander.

Schon im März 2020 verfasste das *Foundational Economy Collective*, ein Zusammenschluss europäischer Wissenschaftler*innen, ein Manifest für die Zeit nach der Pandemie. Aufbauend auf Forschungsarbeiten der letzten Jahre argumentiert das Kollektiv darin für eine Erneuerung und Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Fundamente und konkretisierte diese Agenda mit einem Zehn-Punkte-Programm. Diese geben wir hier in Kurzform wieder:

1. Öffentliche Gesundheitsversorgung und Pflege brauchen Reservekapazitäten, um mit dem Unerwarteten umgehen zu können. Darüber hinaus muss die Prävention gestärkt werden: von gesunder Ernährung bis zur psychischen und mentalen Gesundheit.
2. Wohnen und Energieversorgung müssen wesentlich durch die öffentliche Hand gemeinsam mit nicht-profit orientierten Unternehmungen (z.B. gemeinnützigen Bauträgern) ökologisch nachhaltig und leistbar bereitgestellt werden.

3. Zur Sicherung der Lebensmittelversorgung sollten Ernährungssysteme stärker ökologisiert und lokalisiert werden sowie die Marktmacht von Supermärkten reduziert werden.
4. Anbieter von grundlegenden Diensten haben durch ihre Netzwerke und Filialen de facto eine gebietsmäßige Konzession. Als Gegenleistung sollten sie im Rahmen von gesellschaftlichen Betriebslizenzen auf die Einhaltung von sozialen und ökologischen Standards verpflichtet werden, wie Verzicht auf Steuerumgehung sowie prekäre Beschäftigungsverhältnisse.
5. Eine Steuerreform muss sicherstellen, dass jene mehr beitragen, die dies auch vermögen.
6. Die materielle Infrastruktur der Fundamentalökonomie ermöglicht moderate, stabile und langfristige Renditen. Die bis zuletzt üblichen hohen Renditeerwartungen (insbesondere im Wohnsektor) müssen drastisch gesenkt werden.
7. Es braucht kürzere Lieferketten, insbesondere für lebensnotwendige Güter wie z.B. Medikamente und medizinische Geräte. Koordinierte strategische Beschaffung für den europäischen Markt wäre eine Alternative zu nationalem Protektionismus.
8. Die Grundversorgung ist territorial verankert und muss lokal mitgestaltet werden. Vor Ort müssen daher Transformationspläne für Leben und Arbeiten mit der Kompetenz und dem Engagement der Bevölkerung entwickelt werden.
9. Die Fähigkeiten öffentlicher Verwaltungen, das Gemeinwohl effektiv und effizient sicherzustellen, müssen gestärkt werden. Budgetkürzungen, Privatisierungen und die Auslagerung vieler Aktivitäten, die diese Kompetenzen über Jahrzehnte ausgedünnt haben, müssen rückgängig gemacht werden.
10. Die Pandemie hat auch gezeigt, wie verwoben die Welt geworden ist. Es braucht daher Verantwortungsübernahme für Systeme der Grundversorgung in anderen, insbesondere ärmeren Weltregionen.

Im Kern betont das Manifest eine zentrale sozialökologische Forderung: Statt einer Rückkehr zum individuellen Konsumniveau vor der Krise, braucht es die Stärkung der kollektiven Bereitstellung einer sozialökologischen Infrastruktur. Es braucht also nicht den Wiederaufbau, sondern den Umbau der krisenanfälligen Vor-Corona-Ökonomie hin zu zukunftsfähigem Wirtschaften. Nur dies sorgt vor, um mit neuen Krisen besser umgehen zu können. Zukunftsfähiges Wirtschaften erfordert langfristiges ökonomisches Denken, Planung, Kooperation und die Orientierung wirtschaftspolitischer Entscheidungen an Kriterien wie Konsistenz, Suffizienz und Resilienz. Das sind grundlegend andere Kriterien als die aktuell vorherrschenden – allen voran kurzfristige Gewinnmaximierung und bedingungsloser Wettbewerb.

„Brot-und-Rosen“-Ökonomie

Seit dem Verfassen des Manifests sind nun einige Monate vergangen. Das hat weitere Einsichten für eine zukunftsfähige Ökonomie des Alltagslebens gebracht: In der Zeit des Lock Downs wurde nicht nur erlebbar, was es zum Überleben braucht, sondern auch, was zu einem gelungenen Leben fehlt. Denn ein gutes Leben ist mehr als das reine Überleben. Die Ökonomie des Alltagslebens sichert zum einen das Wesentliche

im Rahmen der Fundamentalökonomie, aber zum anderen ist es auch mehr. Besonders die feministische Ökonomie hilft hier, den Horizont zu erweitern und „Brot und Rosen“, das Lied der 1912 streikenden Textilarbeiterinnen, bringt es mit folgenden Zeilen auf den Punkt: „Und wenn ein Leben mehr ist, als nur Arbeit, Schweiß und Magen, woll'n wir mehr, gebt uns das Leben, doch gebt uns Rosen auch!“ Zum guten Leben braucht es also nicht nur Einkommen zum Auskommen (Brot), sondern auch eine menschenwürdige Arbeits- und Lebensumgebung (Rosen). Wenn auch im engen Sinn nicht für das Überleben im Sinne der Fundamente notwendig, sind Kultur- und Sozialeinrichtungen, Bars, Restaurants, öffentliche Räume und Grünflächen zentral für die Befriedigung grundlegender menschlicher Bedürfnisse.

Covid-19 hat auch gezeigt, dass verschiedene Bevölkerungsgruppen unterschiedlich betroffen waren: die kurzfristig als „Leistungsträger*innen“ gefeiert, prekär beschäftigten Menschen – überwiegend Frauen – leisten zwar viel für eine funktionierende Ökonomie des Alltagslebens, sind aber besonders von ungleichen Teilhabechancen betroffen. Welche Bedürfnisse, von wem und unter welchen Bedingungen befriedigt werden, ist daher eine zentrale politische Frage. Die Festlegung dessen, was es in welcher Form für ein gutes Leben braucht, kann nicht von oben verordnet werden. Deshalb braucht es jetzt mehr denn je öffentliche Debatten und die Teilhabe der Bewohner*innen, um darüber zu diskutieren, welche Rahmenbedingungen, Infrastrukturen und Institutionen notwendig sind, um Grundbedürfnisse zu befriedigen und wie diese demokratisch gestaltet werden, um so das gute Leben für alle zu ermöglichen. Denn eine zukunftsfähige Demokratie beinhaltet auch die gesellschaftliche Bewertung der verschiedenen Bereiche des Wirtschaftens. Ihre finanzielle Ausstattung und Bezahlung ist Ausdruck gesellschaftlicher Wertschätzung. Dies neu zu definieren, sollte nach der Pandemie eigentlich selbstverständlich sein.

Ausführlichere Texte des Kollektivs:

Was kommt nach der Pandemie? Ein 10-Punkte Programm für eine Erneuerung der Fundamente, https://foundationaleconomycom.files.wordpress.com/2020/04/what-comes-after-final-in-word-26-march-2020_de_korrektur.pdf

Die Ökonomie des Alltagslebens, Suhrkamp, June 2019

Anmerkung

- 1) Diese Textfassung wurde von Richard Bärnthaler, Andreas Novy, Leonhard Plank und Alexandra Strickner erstellt.